



LONDON



DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH ZWISCHEN „BREXIT FATIGUE“ UND „GET BREXIT DONE“



Ruth Krahe leitet die 1952 gegründete Außenstelle seit dem 1. November 2019. Sie ist für das Vereinigte Königreich und Irland zuständig und hat sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- Im Vereinigten Königreich herrschte 2019 wegen des verschobenen Brexits in vielen Politikbereichen Stillstand. Eine Studie zeigte, dass die Bildungsreformen im Hochschulsektor die Finanzierungslast noch weiter vom Staat zum Individuum verlagert haben. Für die Außenstelle London war 2019 ein intensives Beratungsjahr zu der Frage, wie deutsche Hochschulen sich auf den Brexit vorbereiten können.*

Das Brexit-Drama in drei Akten

2019 stand wieder ganz im Zeichen des anstehenden Brexits und war von politischem Stillstand und einer in zwei Lager gespaltenen Gesellschaft gekennzeichnet. Es endete mit vorgezogenen Neuwahlen am 12. Dezember, denen ein kurzer, aber harter Wahlkampf vorausging. Interessierte sahen mit Spannung und großem Erstaunen der ältesten Demokratie der Welt

dabei zu, wie sich der prominente Parlamentssprecher John Bercow nicht scheute, auch eine Konvention von 1604 – die seit 1920 nicht mehr zitiert worden ist – zu nutzen, um die Regierung zu bändigen.

Im ersten Akt lehnte das Unterhaus den noch unter Premierministerin Theresa May im Oktober 2018 mit der EU ausgehandelten Austrittsvertrag mehrfach ab. Dieser fehlende Rückhalt aus ihrer eigenen Partei konnte letztendlich nur zum Sturz der Premierministerin führen. Die große Zerrissenheit des Landes, die sich bereits im Brexit-Referendum 2016 gezeigt hatte, verstärkte sich in den Monaten nach dem ersten avisierten Austrittsdatum für den 31. März 2019 noch. Die unterschiedlichen Haltungen zu Brexit-Vertrag und No-Deal Brexit-Szenario führten dazu, dass mit den bestehenden Machtverhältnissen keine parlamentarische Einigung mehr möglich war.

Im zweiten Akt musste der neue Premierminister zunächst bei dem Versuch, das Parlament zu entmachten, eine Niederlage einstecken.





› Demonstration von Brexit-Befürworterinnen und Befürwortern am 19. Januar in London.

Johnson wollte die Abgeordneten in eine Zwangspause schicken. Er erhoffte sich, so das Patt im Unterhaus zu umgehen und den Brexit mit dem von ihm verhandelten Vertrag vollziehen zu können. Das Unterhaus reagierte darauf mit der Verabschiedung eines Gesetzes, das dem Premierminister nicht erlaubte, sein Land ohne Austrittsvertrag aus der EU zu führen.

Das Parliamentschauspiel ging weiter mit dem Antrag der britischen Regierung zur zweiten Verschiebung des Austrittsdatums auf den 31. Januar 2020. Etwas, über das Johnson noch kurz vorher gesagt hatte, er würde „lieber tot in einem Graben liegen“, als um eine weitere Verlängerung bitten.

Im dritten Akt erreichte das Drama seinen Höhepunkt in der vorher mehrfach verweigerten Zustimmung der oppositionellen Labour-Partei zu vorgezogenen Neuwahlen. Das parlamentarische Gezerre, besonders in den letzten Wochen vor dem ursprünglich avisierten Austrittsdatum am 31. Oktober, hatte der britischen Bevölkerung einiges abverlangt. Die Briten waren den Streit um den Brexit leid. Eine allgemeine Brexit-Müdigkeit („Brexit Fatigue“) hatte sich im ganzen Land ausgebreitet.



Die Unterhauswahlen im Dezember 2019

Die Briten waren im Dezember 2019 zur dritten Parlamentswahl in fünf Jahren aufgerufen. An den zwei einzig relevanten Wahlkampfthemen, dem Brexit und dem „National Health Service“, arbeiteten sich die Parteien ab. Im zum Teil stark ideologisch geprägten Wahlkampf, in dem die Tories mit dem Slogan „Get Brexit Done“ zu punkten versuchten, hatte sich Labour nicht mit einer eindeutigen Haltung zum Brexit positioniert. Angesichts einer nun bereits dreijährigen Diskussion um einen EU-Austritt verlangte die Bevölkerung tatsächlich wie im Slogan der Tories: „Get Brexit Done“. Dabei war diese „Brexit Fatigue“ nicht zwangsläufig der Ausdruck für eine Haltung, dass man die EU unbedingt auch ohne Vertrag verlassen sollte. Die Unsicherheit, wie es nach einem Austritt weitergehen würde, und der Stillstand, der mit der unklaren Post-Brexit-Lage zu tun hatte, lähmte in vielen Augen das Land und hielt es davon ab, bei wirklich wichtigen Fragen voranzukommen.

Anders als in früheren Wahlkämpfen, in denen die Frage der Studiengebühren prominent besetzt war, spielte das Thema Bildung im Wahlkampf 2019 nur eine untergeordnete Rolle. Das Gleiche galt für ein vorherrschendes Thema der letzten Wahl: Einwanderung. Bei den Wahlkampagnen zur Unterhauswahl 2019 fand das Thema kaum mehr Beachtung. Die Abkopplung des Austritts von der Einwanderungsfrage ist insofern erstaunlich, weil sie in der Vergangenheit immer eng mit dem Brexit assoziiert wurde.

› Nach der Wahl bestand kein Zweifel mehr über die Tatsache, dass Großbritannien die EU am 31. Januar 2020 verlässt.

„Got Brexit Done“

Anders als in Deutschland sind für Großbritannien Wahlprognosen zum Ausgang und zur Sitzverteilung ungleich schwieriger, da im britischen Mehrheitswahlrecht der Vorsprung einer Stimme für den Sieg eines Unterhausitzes ausschlaggebend sein kann. Der Sieg der Tories war letztendlich nicht überraschend, die Höhe des Vorsprungs mit 80 Sitzen indes beachtlich.

Nach der Wahl bestand kein Zweifel mehr über die Tatsache, dass Großbritannien die EU am 31. Januar 2020 verlässt. Premierminister Johnson hatte den Weg dafür bereitet, als er am 20. Dezember 2019 seinen Brexit-Vertrag ins Parlament einbrachte und dafür eine Zustimmung bekam. Die Boulevard-Zeitung „The Sun“ dichtete für diesen Erfolg extra den Slogan der Tories um in „Got Brexit done“ und die „Daily Mail“ titelte erfreut: „Der Tag, an dem Remain endlich starb“.

Am 1. Februar beginnt nach dem Brexit die elfmonatige Übergangsphase zur Verhandlung eines Freihandelsabkommens. Am 30. Juni endet die von der EU gesetzte Frist, die eine einvernehmliche Verlängerung der Übergangsphase erlaubt. Wer die achtjährigen Verhandlungen der EU für das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) verfolgt hat, fragt sich, wie es möglich sein soll, ein so komplexes Vertragswerk in nur elf Monaten erarbeiten und ratifizieren zu lassen. Noch ist der Brexit also keineswegs „done“. Der Ausgang bleibt weiterhin ungewiss.

Veränderungen im Hochschulsektor

Die Auswirkungen der Reformen von 2012, 2015 und 2017 und der Augar-Bericht

Am 30. Mai 2019 wurde der „Post-18 review of education and funding: independent panel report“, der sogenannte Augar-Report, veröffentlicht. Noch unter der damaligen Premierministerin May beauftragt, untersuchte die Expertengruppe um Dr. Philip Augar die tertiäre Bildung in Großbritannien. Bis 2012 kam es in Großbritannien zu einer tiefgreifenden Reform im Bildungswesen, die unter anderem auch die Höhe der Studiengebühren und das kreditbasierte Finanzierungssystem betraf. Großbritannien erhöhte die

Obergrenze für Studiengebühren 2012 von 3.000 auf 9.000 britische Pfund jährlich und hob im nächsten Schritt 2015 die Deckelung von Studierendenzahlen auf. Abgesehen von einem kurzen Einbruch der Studierendenzahl 2012 ist die Zahl der Einschreibungen in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. 2019 traten rund 50 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger ein Hochschulstudium an, 1990 waren es unter 20 Prozent. Während man zunächst annahm, die Höhe der Studiengebühren pendele sich für die meisten Studiengänge auf 6.000 bis 7.000 Pfund ein, mussten rund 98 Prozent der Studierenden 2019 das Maximum von 9.000 Pfund (bzw. 9.250 Pfund für Studiengänge mit einem „Teaching Excellence and Student Outcomes Framework Award“) zahlen.

Schreibwettbewerb „Victoria & Albert: Love Letters“



› Prof. Godela Weiss-Sussex von der SOAS University of London und Drehbuchautorin Daisy Goodwin im Gespräch bei der Preisverleihung des „V&A: Love Letters“-Wettbewerbs.

Zum sechsten Mal hatte die DAAD-Außenstelle gemeinsam mit dem „Institute of Modern Languages Research“ (IMLR) der Universität London einen Schreibwettbewerb zur Förderung der deutschen Sprache organisiert. Anlass boten die 200-jährigen Geburtstage von Königin Victoria (1819–1901) und Prinz Albert (1819–1861). Die oft zitierte innige Liebe des Paares und ihre Offenbarung in etlichen Liebesbriefen setzen das Thema für den Schreibwettbewerb „Love Letters“. 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Großbritannien nahmen die Herausforderung an und übermittelten ihre Version eines Liebesbriefes zwischen dem royalen

Paar – in Form eines Briefes, Gedichts oder auch eines Comics. Ehrengast auf der Preisverleihung in den Räumlichkeiten der Deutschen Botschaft war die englische Drehbuchautorin der Fernsehserie „Victoria“, Daisy Goodwin. Sie thematisierte die Herausforderungen interkultureller Aspekte wie Sprache, Geschichte und Politik beim Schreiben eines Drehbuches. Im Anschluss trugen die Gewinnerinnen und Gewinner ihre Liebesbriefe vor. Der Schreibwettbewerb war eine von vielen Veranstaltungen anlässlich der Geburtstagsfeierlichkeiten von Victoria und Albert in Deutschland und im Vereinigten Königreich.



› Begrüßung durch die Ständige Vertreterin der Deutschen Botschaft in London, Julia Gross, bei der Preisverleihung des „V&A: Love Letters“-Wettbewerbs an der Deutschen Botschaft in London, 28. Juni 2019.

Das „Klassenzimmer auf vier Rädern“ unterwegs in Irland

Das Deutschmobil nahm im September 2019 seine Reise durch Irland auf. Es ist ein gemeinsames Projekt zur Förderung der deutschen Sprache der DAAD-Außenstelle London, des Goethe-Instituts Dublin und der deutschen Botschaft Dublin. Um Interesse an der deutschen Sprache zu wecken, tourt der von Volkswagen Irland gesponserte Elektro-Golf bis Juni 2020 durch das ganze Land, um Primar- und Sekundarschulen zu besuchen. Bis Ende 2019 hatte das Deutschmobil, das Christine Kopke, eine DAAD-Sprachassistentin an der Dublin City University, lenkte, mehr als 50 Schulen mit rund 1.500 Schülerinnen und Schüler besucht und dabei etwa 7.500 Kilometer mit dem Elektro-Golf zurückgelegt. Anders als in Großbritannien sind die Deutschlernendenzahlen durch eine weit-sichtige Bildungspolitik Irlands in den letzten Jahren erfreulicherweise gestiegen.



› „Das Klassenzimmer auf vier Rädern“:
DAAD-Sprachassistentin Christine Kopke
unterwegs in Irland.



› DAAD-Sprachassistentin
Christine Kopke besucht
Schülerinnen und Schüler
der Scoil-Satain-Schule in
Dublin mit dem e-Golf.

Die Bildungsreformen verschoben die Finanzierungslast vom Staat zum Individuum. Das neue Gebührenregime hat dabei eine besorgniserregend hohe Verschuldungsrate der Studierenden mit sich gebracht. Alle beteiligten Interessengruppen wie Studieninteressierte, Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie die allgemeine Öffentlichkeit sehen in der Senkung der Studiengebühren eine Hauptaufgabe für Nachbesserungen am bestehenden System.

Auf den ersten Blick nahm man als positiven Effekt der Reformen eine Ausweitung des Bildungsangebots wahr. Diese Ausweitung brachte aber auch negative Effekte mit sich wie das Absenken von Zugangsqualifikationen. Die Zunahme an Partizipation im tertiären Bildungssektor um jeden Preis ist kritisch zu sehen, wenn dafür das Bildungsniveau der Studierenden sinkt. Eine Studierendenkohorte mit niedrigeren Abiturresultaten wird allgemein mit einer höheren Studienabbruchquote assoziiert. Für 14 britische Universitäten gingen Schätzungen davon aus, dass weniger als 70 Prozent einen Abschluss

erlangen. Eine dieser Universitäten ging bei ihrer Prognose sogar nur von einer Erfolgsrate von 51,7 Prozent.

Eine weitere nicht gewollte Folge der Reform: Sie bewirkte eine Inflation guter Abschlussnoten („first und upper second-class“). Dies lässt sich unzweifelhaft nicht nur mit der wachsenden Leistungsfähigkeit der Studierenden erklären. Man muss davon ausgehen, dass der Anteil sehr guter und guter Studienabschlüsse eines Abschlussjahrgangs auch eine Form des Reputationsmanagements ist.

In Bezug auf die akademische Post-18-Bildung kamen die Expertinnen und Experten zu folgenden Empfehlungen für das System der Studienfinanzierung: Die Obergrenze für Studiengebühren soll ab 2021/2022 auf 7.500 Pfund jährlich reduziert werden. Diese Grenze soll bis 2022/2023 eingefroren werden und dann in Einklang mit der Inflationsrate steigen. Neben dieser Basisfinanzierung durch die Einnahmen aus Studiengebühren sollen die Hochschulen ihren zusätzlichen Finanzierungsbedarf durch staatliche Subventionen („average per-student grant“) decken. Dabei soll sich die Gesamtfinanzierung der Studiengänge nicht gravierend ändern. Die Expertinnen und Experten des Panels empfahlen, für eine ausbalancierte Finanzierung detaillierte Analysen zu den tatsächlichen Kosten von Studiengängen und dem sozialen und ökonomischen Wert der Fächer für Studierende und Steuerzahlende zu erstellen.

Brexit and Beyond: Britische Bildungspolitik unter der zweiten Regierung Johnson

Das Thema universitäre Bildung spielte im Wahlkampf kaum eine Rolle. Die Konservativen gingen nur sehr oberflächlich auf die Empfehlungen des Augar-Berichts ein. Die im Wahlprogramm der Konservativen zugesagte Neugestaltung des Forschungsförderungssystems und die Erhöhung der zu allozierenden Mittel auf 2,4 Prozent des BIP müssen nun mit den beiden unterschiedlichen Strategien zur Forschungsförderung versöhnt werden.



› Das King's College London ist eine der angesehensten Hochschuleinrichtungen der Welt und das älteste College der University of London.

Johnsons Berater Dominic Cummings sprach davon, dass man mit der Neugestaltung des Fördersystems auch hoch risikoreiche, hoch profitable Forschung fördern würde „at arm's length from government“. Gleichzeitig soll Forschung betrieben werden, die der Industriestrategie der Regierung Rechnung trägt. Ein Spagat, der auch zu Spannungen innerhalb der Wissenschaft führen kann. Die Erhöhung der Forschungsförderung soll ebenfalls dazu führen, dass sich die Universitäten auf das Einwerben dieser Mittel konzentrieren und ihre Forschung nicht aus den Gebühreneinnahmen quersubventionieren müssen.

Auch eine Antwort auf die Frage nach einer neuen Strategie zum regionalen Ausbalancieren dieser Forschungsmittel wird die neue Regierung in Angriff nehmen müssen. Johnsons Berater Cummings wick nach der Wahl von seinen bisherigen Visionen für ein britisches Silicon Valley im „Golden Triangle“ von London, Oxford und Cambridge ab und betonte ausdrücklich die positiven Effekte, die eine breiter angelegte Forschungsförderung für das Land haben könne.

Eine neue Umfrage im Auftrag von Universities UK (UUK) hat gezeigt, dass sich die Haltung der breiten Öffentlichkeit zur Immigration von hoch qualifizierten EU-Bürgerinnen und -Bürgern positiv entwickelt hat. Bezogen auf den Wissenschaftsbereich scheint die größte Stolperfalle in den UK-EU-Beziehungen derzeit die Frage nach der Beteiligung am EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“ zu sein.

Hierbei sind einerseits der sehr enge Zeitplan für einen Verhandlungserfolg bis zum Start des Programms Anfang 2021 zu nennen sowie die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes, die sich aus der Teilnahme Großbritanniens an EU-Förderprogrammen ergäbe. Das Beenden dieser Gerichtsbarkeit war für viele Brexiteers ein zentraler Baustein der Leave-Kampagne mit dem Slogan „Take back control“. Das Kernstück europäischer Mobilitätsförderung, Erasmus+, läuft wohlmöglich Gefahr, als Pfand zu dienen, sollte Großbritannien den Eindruck bekommen, nicht genug „value for money“ zu bekommen.



› „DAAD Cambridge Research Hub“:
Gastvortrag „Annual Lecture“ mit Botschafter
a. D. Wolfgang Ischinger.

Die DAAD-Arbeit vor Ort

Für die Außenstelle London war 2019 ein intensives Beratungsjahr. Aufgrund der Unwägbarkeiten und ungeklärten Sachverhalte, die der zunächst für Ende März, dann für Ende Oktober anstehende Brexit mit sich brachte, leistete die Außenstelle viel Informationsarbeit für die deutschen Hochschulen. Aber auch die britischen Partnerorganisationen des DAAD sowie viele mit Deutschland kooperierende Hochschulen nahmen die Gelegenheit wahr, sich mit dem DAAD auszutauschen und abzustimmen.

Die britischen Hochschulen hatten schon früh erklärt, dass ein Austritt ohne Vertrag nicht im Sinne der Universitäten sei und Nachteile für die Wissenschaft auf beiden Seiten hätte. Im Juni moderierte der damalige Außenstellenleiter Dr. Georg Krawietz ein Gespräch im Rahmen der strategischen Partnerschaft der TU München mit dem Imperial College London. Prominente Gesprächspartnerinnen und -partner waren die Präsidentin des Imperial College, Prof. Alice P. Gast, sowie der designierte Präsident der TU München, Prof. Dr. Thomas Hofmann.

Der DAAD University of Cambridge Research Hub for German Studies

Seit 2016 fördert der DAAD das „DAAD University of Cambridge Research Hub for German Studies“ an der University of Cambridge. Es ist das erste dezidierte Forschungszentrum innerhalb des weltweiten Netzwerks für Deutschland- und Europazentren. Mit der Durchführung von fachlichen Veranstaltungen und der Publikation von Ergebnissen seiner Forschungen trägt das Zentrum dazu bei, das zeitgenössische Deutschland in einem europäischen Rahmen zu kontextualisieren.

Die DAAD-Förderung finanziert schwerpunktmäßig die Durchführung von verschiedenen Veranstaltungen, hauptsächlich Workshops und Konferenzen. Daneben fanden auch 2019 wieder einige öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen des Hubs statt, darunter ein Vortrag des deutschen Botschafters im Vereinigten Königreich, Dr. Peter Wittig. Im Oktober lud der DAAD weitere prominente Rednerinnen und Redner zu zwei weiteren „DAAD Cambridge Hub Lectures“ ein: die Leibniz-Preisträgerin Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger und der Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, Dr. Enno Aufderheide. Im November schloss sich die „DAAD Cambridge Hub Annual Lecture“ an, dieses Jahr mit einem Vortrag von Botschafter a. D. Wolfgang Ischinger, dem Vorsitzenden der Münchener Sicherheitskonferenz.



› Diskussionspanel DAAD Cambridge Research Hub Annual Lecture (v. l. n. r.):
Prof. Brendan Simm (U Cambridge), Sir Richard Shirreff (Strategia Worldwide),
Prof. Beatrice Heuser (U Glasgow), Botschafter a. D. Wolfgang Ischinger.

Zum Ende der ersten fünfjährigen Förderphase (2020) evaluierte ein Team externer Expertinnen und Experten das „DAAD Cambridge Hub“. Neben einer Online-Befragung von Teilnehmenden und Geförderten führten sie eine Vor-Ort-Begehung durch und sprachen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Cambridge.



Kampf auf verlorenem Posten? Deutsch als Fremdsprache im Vereinigten Königreich

Der DAAD unterstützte auch 2019 britische Hochschulen dabei, dem kontinuierlichen Abwärtstrend der Zahl der Deutschlernenden im universitären Bereich entgegenzuwirken. Deutsch nimmt im nationalen Vergleich zum Beispiel zu Spanisch seit 2004 weiter ab. Dazu beigetragen hat auch, dass Fremdsprachen an Schulen im Vergleich zu den Naturwissenschaften einem strengeren Benotungsschema unterliegen und es demnach schwieriger ist, ein gutes Ergebnis in diesen Fächern zu erzielen.

Seit 2010 gibt es 45 Prozent weniger Abiturprüfungen im Fach Deutsch. Die direkten Auswirkungen sind auch im Hochschulbereich spürbar: Von den 15.600 Deutschlernern belegten 2019 13.300 Studierende Deutsch in Sprachlernzentren und nur 2.300 in der klassischen Germanistik. Studierende sehen das Erlernen der Sprache mehr und mehr als Chance, um auf dem Arbeitsmarkt bessere Berufschancen zu haben.

Basierend auf dem Potenzial des Deutschen als Fachsprache unterstützte der DAAD 2019 die fünfte Konferenz für „Languages for Specific Purposes in Higher Education“. Darüber hinaus förderte die Außenstelle London die deutsche Sprache durch ihr großes DaF-Netzwerk, das 2019 mit 34 Lektoratsstellen und sieben Sprachassistenten an britischen Hochschulen vertreten war. Die DAAD-Außenstelle betreute auch 2019 die DaF-Dozentinnen und -Dozenten inklusive Ortslektorinnen und -lektoren fachlich, unter anderem durch das Themenseminar „Vielfalt im Curriculum“, das Netzwerktreffen der Fachlektorinnen und -lektoren und das Jahrestreffen, das 19 Fortbildungen zu diversen Themen anbot und die Möglichkeit der Vernetzung unterstützte.

DATEN ZUM BILDUNGSSYSTEM VEREINIGTES KÖNIGREICH



2,4 Mio.

Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)



59,40 %

Immatrikulationsquote



2.065

Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland



27.366

Absolvent/innen Promotion



1,45 %

Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)



17,92 %

Anteil ausländischer Studierender



35.252

Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)

**Die beliebtesten Zielländer für Studierende**

1. Vereinigte Staaten
2. Niederlande
3. Deutschland
4. Australien
5. Frankreich

**Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern**

1. China
2. Hongkong (CN)
3. Indien
4. Malaysia
5. Vereinigte Staaten

Tabelle 11: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen **Vereinigtes Königreich**

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

**Vereinigtes
Königreich**

I. Individualförderung – gesamt	A	195
	D	672
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	82
	D	179
Studierende auf Master-Niveau	A	30
	D	263
Doktorand/innen	A	44
	D	100
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	39
	D	130
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	102
	D	136
1–6 Monate	A	46
	D	193
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	47
	D	343
II. Projektförderung – gesamt	A	438
	D	843
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	42
	D	416
Studierende auf Master-Niveau	A	31
	D	260
Doktorand/innen	A	307
	D	134
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	51
	D	26
andere Geförderte*	A	7
	D	7
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	398
	D	564
1–6 Monate	A	23
	D	217
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	17
	D	62
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	A	33
	D	5.992
1. Mobilität mit Programmländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	3.437
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A	
	D	1.753
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	33
	D	802
DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)	A	666
	D	7.507
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		8.173

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an Studierende und Mitarbeiter von Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen zu den Geförderten beziehen sich auf das Projekt 2017 und damit auf die Laufzeit 1.6.2017–31.5.2019.